NACHRICHTEN
Österreich
05. Januar 2025

Krisen-Debatte: ÖVP kritisiert Justizministerium wegen Klimaaktivistin

Johanna Mikl-Leitner äußert sich zur neuen ÖVP-Führung und kritisiert die Weisung des Justizministeriums im Fall einer Klimaaktivistin.

Wien, Österreich - Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner blickt mit Skepsis auf eine mögliche Koalition mit der FPÖ. Am Sonntag wurde Christian Stocker zum neuen geschäftsführenden Obmann der ÖVP gewählt, was eine bedeutende politische Veränderung für die Partei darstellt. Mikl-Leitner lobte Stocker für seine Erfahrung und betonte die Wichtigkeit, die Republik zu stabilisieren. Gleichzeitig äußerte sie Zweifel an einer zukünftigen Zusammenarbeit mit der FPÖ, da Stocker in der Vergangenheit ein Kritiker von Herbert Kickl war. Diese Unsicherheit über die Koalitionspläne führt zu Spannungen in der Landespolitik, wie auch **oe24** berichtet.

Kritik und Konflikte rund um das Justizministerium

Die politische Situation wird zusätzlich durch eine Kontroverse im Zusammenhang mit dem Justizministerium angeheizt. Ein Schreiben des Ministeriums, das der Staatsanwaltschaft Wien die Weisung erteilte, keine Beschwerde im Fall einer Klimaaktivistin einzulegen, sorgt für Unmut innerhalb der ÖVP. Christian Stocker forderte eine Erklärung zu der mutmaßlich ideologisch motivierten Intervention von Justizministerin Alma Zadić. Der Vorfall betrifft eine Klimaaktivistin, die während eines Protests in Wien festgenommen wurde. Das Wiener Landesgericht hatte den Antrag auf Untersuchungshaft abgelehnt, was zur weiteren Eskalation führte, wie **die Presse** berichtet.

Die Grünen kritisierten die ÖVP scharf und erklärten, dass die Weisung rechtlich korrekt war, da sie die Entscheidung des Gerichts bestätigte. Die Debatte über die Weisungen aus dem Justizministerium wirft jedoch Fragen auf, die eine tiefere Auseinandersetzung innerhalb der politischen Landschaft Niederösterreichs erfordern. Mikl-Leitner äußerte, dass der Eindruck entsteht, dass Klima-Aktivisten „Narrenfreiheit“ genießen, während die Grünen darauf hinweisen, dass die Vorwürfe gegen Zadić unbegründet seien und es an der Zeit sei, politische Verantwortung zu übernehmen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Festnahmen	1
Quellen	• **www.oe24.at** • **www.diepresse.com**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at